Vereinbarung

zwischen

1. dem **Landkreis Osnabrück**, vertreten durch den Landrat (nachfolgend Landkreis genannt),

und

2. der kreisangehörigen **Samtgemeinde Fürstenau**, vertreten durch den Samtgemeindebürgermeister (nachfolgend Kommune genannt),

über die Übernahme und Übertragung von Zuständigkeiten nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Erprobung erweiterter Handlungsspielräume in Modellkommunen (Modellkommunen-Gesetz – ModKG) vom 08.12.2005

Präambel

Gem. § 6 Abs. 1 ModKG können die in § 2 Nr. 1 ModKG genannten Landkreise (Modellkommunen) mit ihren kreisangehörigen Gemeinden von den in § 6 Abs. 1 ModKG genannten Regelungen abweichende Vereinbarungen über die Übernahme und Übertragung von Zuständigkeiten treffen. Ziel ist es, im Rahmen einer zeitlich befristeten Veränderung die Erweiterung kommunaler Handlungsspielräume zu erproben.

§ 1

Vertragsgegenstand

(1) Auf Grundlage von § 6 Abs. 1 Nr. 1 ModKG wird abweichend von der Allgemeinen Zuständigkeitsverordnung für die Gemeinden und Landkreise zur Ausführung von Bundesrecht (AllgZustVO-Kom) vom 14.12.2004 (Nds. GVBl. S. 589), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19.07.2005 (Nds. GVBl. S. 246) die Zuständigkeit für folgende Aufgaben vom Landkreis auf die Kommune übertragen:

- 1) Änderung von Familien- und Vornamen gem. § 3 Abs. 1 Ziff. 1 AllgZustVO-Kom
- 2) Staatsangehörigkeitsfeststellungen gem. § 2 Ziff. 2 AllgZustVO-Kom

(2) Auf Grundlage von § 6 Abs. 1 Nr. 2 ModKG wird abweichend von der Verordnung über Zuständigkeiten auf verschiedenen Gebieten der Gefahrenabwehr (ZustVO-SOG) vom 18.10.1994 (Nds. GVBl. S. 457), zuletzt geändert durch Verordnung vom 07.12.2004 (Nds. GVBl. S. 576) die Zuständigkeit für folgende Aufgaben vom Landkreis auf die Kommune übertragen:

- 1) Aufgaben nach den §§ 19 bis 22 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) gem. § 3 Ziff. 1 ZustVO-SOG
- 2) Aufgaben nach dem Versammlungsgesetz gem. § 4 Ziff. 1 ZustVO-SOG

(3) Auf Grundlage von § 6 Abs. 1 Nr. 3 ModKG wird abweichend von der Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts sowie in anderen Rechtsgebieten (ZustVO-Wirtschaft) vom 18.11.2004 (Nds. GVBl. S. 482) die Zuständigkeit für folgende

Wirtschaft) vom 18.11.2004 (Nds. GVBl. S. 482) die Zuständigkeit für folgende Aufgaben vom Landkreis auf die Kommune übertragen:

- 1) Bearbeitung und abschließende Entscheidung über Anträge nach dem Gaststättenrecht; Erlass von Auflagen für erlaubnispflichtige sowie erlaubnisfreie Betriebe gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 3.4 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 2) Überprüfung von Betrieben hinsichtlich der Einhaltung gaststättenrechtlicher Bestimmungen einschließlich der Niedersächsischen Sperrzeitverordnung gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 3.4 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 3) Bearbeitung und abschließende Entscheidung über Anträge nach § 30 GewO (Privatkrankenanstalten) gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 1 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 4) Bearbeitung und abschließende Entscheidung über Anträge nach § 33 i GewO (Spielhalle) gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 1 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 5) Überprüfung von Spielhallen hinsichtlich der Einhaltung der Spielverordnung gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 2 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 6) Bearbeitung und abschließende Entscheidung über Anträge nach § 34 GewO (Pfandleiher) gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 1 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 7) Überprüfung von Gewerbetreibenden hinsichtlich der Einhaltung der Pfandleiherverordnung gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 2.1 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 8) Bearbeitung und abschließende Entscheidung über Anträge nach § 34 a GewO (Bewachung) gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 1 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 9) Überprüfung der Gewerbetreibenden hinsichtlich der Einhaltung der Bewachungsverordnung gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 2.2 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 10) Bearbeitung und abschließende Entscheidung über Anträge nach § 34 b GewO (Versteigerer) gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 1 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 11) Überprüfung der Gewerbetreibenden hinsichtlich der Einhaltung der Versteigererverordnung gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 2.3 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 12) Überprüfung der Zuverlässigkeit von Gewerbetreibenden nach § 38 GewO gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 1 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 13) Bearbeitung und abschließende Entscheidung über Anträge nach § 55 ff. GewO (Reisegewerbekarte, Gewerbelegitimationskarte, Spielhalle im Reisegewerbe) gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 1 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 14) Überprüfung von Gewerbetreibenden hinsichtlich der Einhaltung reisegewerberechtlicher Bestimmungen gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 1 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 15) Bearbeitung und abschließende Entscheidung über Anträge auf Festsetzung von Messen, Ausstellungen, Groß-, Jahr- und Spezialmärkten nach § 69 GewO sowie damit im Zusammenhang stehende Aufgaben, wie Änderung und Aufhebung der Festsetzung nach § 69 b GewO sowie Untersagung der Teilnahme an der Veranstaltung nach § 70 a GewO gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. den Ziffn. 1 und 1.12 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft

- 16) Untersagung einer Tätigkeit nach § 15 Abs. 2 GewO, wenn diese ohne die erforderliche Erlaubnis, Genehmigung, Bewilligung etc. ausgeübt wird, außer bei vorherigen Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahren gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 1 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 17) Untersagung einer reisegewerbekartenfreien Tätigkeit nach § 59 GewO gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 1 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 18) Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Gaststättengesetz und der Gewerbeordnung, die im Zusammenhang mit den vorgenannten Aufgaben stehen gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. den Ziffn. 1 und 3.4 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft
- 19) Aufgaben nach dem Blindenwarenvertriebsgesetz (Erteilung von Blindenwarenvertriebsausweisen, Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen) gem. § 1 ZustVO-Wirtschaft i.V.m. Ziff. 3.6 Anlage 1 ZustVO-Wirtschaft

§ 2

Finanzielle Folgen der Zuständigkeitsübertragung

Die Kosten für die Erfüllung der nach § 1 Abs. 1 bis Abs. 3 übertragenen Aufgaben trägt die Kommune. Soweit im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten Gebühreneinnahmen erzielt werden können, stehen diese in den Fällen des § 1 Abs. 1 und Abs. 2 der Kommune zu. In den Fällen des § 1 Abs. 3 steht dem Landkreis auf Grundlage der Niedersächsischen Allgemeinen Gebührenordnung (Nds. AllGO) bzw. der entsprechenden Verwaltungskostensatzung 38 % und der Kommune 62 % des erzielten Gebührenaufkommens zu.

§ 3

Dauer der Vereinbarung

Die Vereinbarung tritt am 01.04.2006 in Kraft. Sie endet am 31.12.2007 und verlängert sich automatisch bis zum 31.12.2008, wenn keiner der Vertragspartner dieser Verlängerung bis zum 30.06.2007 widerspricht.

Osnabrück, den

Landkreis Osnabrück
Der Landrat

Fürstenau, den

Samtgemeinde Fürstenau
Der Samtgemeindebürgermeister